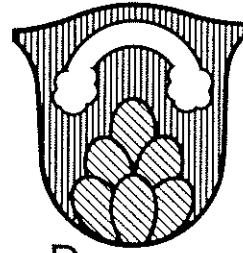


**Verordnung über die
Wasserversorgungsanlagen**



Gemeinde Regensburg

Verordnung über die Wasserversorgung der Gemeinde Regensberg

A. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 (neu)

Zweck und Geltungsbereich Diese Verordnung regelt den Bau, Betrieb und Unterhalt sowie die Finanzierung der Wasserversorgungsanlagen und die Beziehungen zwischen der Wasserversorgung und den Bürgern, soweit die Vorschriften des Bundes oder des Kantons nichts Abweichendes enthalten.

Art. 2 (Art. 1.1 / 1.3 / 1.4)

Zuständigkeit und Aufgaben der Gemeinde Die Politische Gemeinde Regensberg erstellt, betreibt und unterhält ihre Wasserversorgungsanlagen unter Beachtung der eidgenössischen und kantonalen Vorschriften.

Die Wasserversorgung ist ein unselbständiger gewerblicher Betrieb des öffentlichen Rechtes und steht im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen unter Aufsicht und Verwaltung des Gemeinderates.

Der Gemeinderat ist befugt, im Rahmen der Vorschriften der Gemeindeordnung einzelne Geschäfte oder Geschäftszweige einer Kommission zur selbständigen Erledigung zu übertragen. Zur Begutachtung bestimmter Fragen können Fachleute beigezogen werden.

Die Aufgaben und Befugnisse werden in einem Pflichtenheft geregelt.

Art. 3 (neu)

Umfang der Versorgung Die Wasserversorgung liefert in ihrem Versorgungsgebiet und nach Leistungsfähigkeit ihrer Anlagen qualitativ einwandfreies Wasser für Haushalt und Gewerbe zu den Bedingungen der Verordnung und den jeweiligen Tarifbestimmungen. Gleichzeitig sorgt die Wasserversorgung in diesem Umfang für den Brandschutz.

B. Wasserversorgungsanlagen der Gemeinde

Art. 4 (Art. 5.1)

Generelles Wasserversorgungsprojekt Die Wasserversorgungs- und Hydrantenanlage der Gemeinde werden aufgrund eines nach den kantonalen Richtlinien ausgearbeiteten generellen Wasserversorgungsprojektes (GWP) geplant, erstellt, saniert, erneuert und erweitert. Die Gemeinde stellt die Wasserversorgung im ganzen Gemeindegebiet sicher.

Art. 5 (Art. neu)

Umfang der Anlagen, Definition Die öffentliche Wasserversorgung umfasst das gemeindeeigene Leitungsnetz mit Hydranten, die Brunnenstuben mit Quelfassungen, Reservoirs, Fernsteuerungs- und Pumpanlagen sowie die Anlagen der Notwasserversorgung ohne Laufbrunnen.

Hauptleitungen sind Wasserleitungen innerhalb des Versorgungsgebietes, von denen aus die Versorgungsleitungen angespeist werden. In der Regel zweigen keine Anschlussleitungen von den Hauptleitungen ab. Die Hauptleitungen sind Bestandteil der Basiserschliessung und werden von der Wasserversorgung nach Massgabe der baulichen Entwicklung und aufgrund des generellen Wasserversorgungsprojektes (GWP) erstellt.

Versorgungsleitungen sind Wasserleitungen innerhalb des Versorgungsgebietes, an die die Hausanschlussleitungen angeschlossen sind. Die Versorgungsleitungen dienen der Erschliessung der Grundstücke.

Art. 6 (Art. 5.2 / 5.3)

Erstellung Alle öffentlichen Anlagen werden von der Wasserversorgung, teilweise zu Lasten der Grundeigentümer, erstellt. Für die technische Disposition der Haupt- und Versorgungsleitungen ist die Wasserversorgung zuständig. Die Anlagen sind nach den Bedingungen der zuständigen kantonalen Instanzen sowie der technischen Richtlinien des Schweizerischen Vereins des Gas- und Wasserfaches (SVGW) und der Gemeinde auszuführen.

Art. 7 (Art. neu)

Hydrantenanlage Die Hydrantenanlage ist der Feuerwehr für den Brandfall unbeschränkt zur Verfügung zu stellen. Die Wasserbezugsstellen müssen jederzeit für die Feuerwehr zugänglich sein. Im Brandfall steht der gesamte Wasservorrat der Feuerwehr zur Verfügung.

Die Wasserversorgung übernimmt die Kontrolle, den Unterhalt und die Reparaturen der Hydranten.

Art. 8 (Art. 9.1)

Betätigung von Hydranten und Schiebern Das Öffnen der Hydranten, das Entlüften und Entleeren sowie das Umstellen von Schiebern ist nur den Gemeindeorganen und der Feuerwehr gestattet.

Art. 9 (Art. neu 8.3)

Platzierung von Wasserleitungen Öffentliche Wasserleitungen werden in der Regel im Strassengebiet oder innerhalb der Baulinien bzw. innerhalb des Strassenabstandes verlegt. In besonderen Fällen dürfen öffentliche Wasseranlagen auch in privatem Grund, ausserhalb von Baulinien erstellt werden. In diesem Fall ist die Anlage mit Durchleitungsrechten, Versorgungsbaulinien oder Baurechten zu sichern.

Durchleitungsrechte Durchleitungsrechte sind im Grundbuch einzutragen. Leitungen im Baulinienbereich resp. Strassenabstand sind im Grundbuch anzumerken.

Hinweistafeln Jeder Bezüger bzw. Grundeigentümer gestattet dem Werk, nach Absprache, das Versetzen von Schiebern und Hydranten sowie das Anbringen der entsprechenden Hinweistafeln auf seinem Grund.

Art. 10 (neu)

Leitungskataster Die Wasserversorgung lässt durch einen Fachmann einen Kataster über das öffentliche und private Leitungsnetz erstellen. Die Nachführung erfolgt zu Lasten des Leitungseigentümers. Die Grundeigentümer verpflichten sich, dafür notwendige Einmessungen auf ihrem Grund zu dulden.

C. Hausanschlussleitung

Art. 11 (Art. 6.1)

Definition Die Hausanschlussleitung (inkl. T-Stück) verbindet die Versorgungsleitung mit der Hausinstallation. In Ausnahmefällen kann der Anschluss auch an eine Hauptleitung erfolgen.

Art. 12 (Art. neu)

Leitungsführung Die Leitungsführung und die Art der Hausanschlussleitung wird unter Berücksichtigung der Interessen des Gesuchstellers durch die Wasserversorgung bestimmt.

Art. 13 (Art. 6.2)

Erstellung und Abnahme Der Wasserbezüger erstellt die Hausanschlussleitung inkl. Absperrorgane und Anschluss an das Verteilnetz. Die Arbeiten müssen durch ausgewiesene Fachkräfte ausgeführt werden. Die Leitungen werden durch eine von der Wasserversorgung beauftragte Kontrollinstanz abgenommen und eingemessen. Die Wasserversorgung übernimmt durch die Abnahme keine Gewähr für die ausgeführten Arbeiten.

Art. 14 (Art. 6.4)

Technische Bedingungen Der Anschluss einer Liegenschaft erfolgt in der Regel nur durch eine einzige Hausanschlussleitung. Wo dies zweckmässig ist, kann das Werk für mehrere Häuser eine gemeinsame Hausanschlussleitung anordnen. Für Überbauungen grösserer Ausdehnung können in besonderen Fällen weitere Anschlussleitungen zugestanden werden.

In jeder Hausanschlussleitung ist ein Absperrorgan einzubauen, das möglichst nahe an der Versorgungsleitung und wenn möglich im öffentlichen Grund zu platzieren ist.

Die Anschlussleitungen sind nach den technischen Richtlinien der Gemeinde Regensberg zu erstellen.

Art. 15 (Art. neu)

Mehrere Eigentümer Für Wasserversorgungsanlagen, welche von mehreren Grundeigentümern benützt werden, sind die Eigentumsverhältnisse und die Unterhaltspflichten (inkl. Sanierung und Ersatz) privatrechtlich zu regeln und im Grundbuch einzutragen. Die Regelung ist der Gemeinde zur Kenntnis zu bringen.

Art. 16 (Art. 6.3)

Eigentums-
verhältnisse
der Haus-
anschluss-
leitung

Die Anlageteile der Hausanschlussleitungen mit Ausnahme des Wassermessers stehen im Eigentum des Grundeigentümers.

Art. 17 (6.3)

Unterhalt

Schäden an der Hausanschlussleitung werden durch die Wasserversorgung, in Absprache mit dem Leitungseigentümer behoben. Die Kosten trägt der Leitungseigentümer.

Schäden, die sich an der Hausanschlussleitung zeigen, sind der Wasserversorgung sofort mitzuteilen.

Art. 18 (Art. neu)

Stilllegung

Unbenutzte Hausanschlussleitungen werden von der Wasserversorgung zu Lasten des Bezügers vom Verteilnetz abgetrennt, sofern nicht eine Wiederverwendung innert 6 Monaten zugesichert wird.

D. Hausinstallationen

Art. 19 (Art. 7.2, neu)

Erstellung

Der Wasserbezüger hat die Hausinstallationen auf eigene Kosten zu erstellen und zu unterhalten. Alle Installationsarbeiten, die den Wasserbezug beeinflussen sowie die Installation von Wasserbehandlungsanlagen, sind der Wasserversorgung zu melden.

Art. 20 (7.4)

Abnahme Jede Hausinstallation soll vor der Inbetriebnahme von den Organen der Wasserversorgung abgenommen werden. Die Wasserversorgung übernimmt durch diese Abnahme keine Gewähr für die vom Installateur ausgeführten Arbeiten oder für installierte Apparate.

Art. 21 (Art. 7.3)

Kontrolle Den Organen der Wasserversorgung ist zur Kontrolle der Hausinstallationen sowie zur Ablesung der Zählerstände ungehindert Zutritt zu ermöglichen. Bei vorschriftswidrig ausgeführten oder schlecht unterhaltenen Hausinstallationen hat der Wasserbezüger auf schriftliche Aufforderung der Wasserversorgung die Mängel innert der festgelegten Frist beheben zu lassen. Unterlässt er dies, so kann die Wasserversorgung die Mängel auf seine Kosten beheben lassen.

Art. 22 (Art. 7.1)

Technische Vorschriften Zur Erstellung, Veränderung, Erneuerung und zum Betrieb der Verbrauchsanlagen sind die Leitsätze für die Erstellung von Wasserinstallationen des Schweizerischen Vereins des Gas- und Wasserfaches verbindlich.

Art. 23 (Art. 7.2)

Unterhalt Der Bezüger hat für ein dauerndes und einwandfreies Funktionieren seiner Anlagen zu sorgen.

Art. 24 (neu)

Wasserbehandlungsanlagen Es dürfen nur Wasserbehandlungsanlagen installiert werden, welche vom Bundesamt für Gesundheitswesen genehmigt wurden. Durch den Einbau eines Rückflussverhinderers unmittelbar vor der Anlage ist ein Rückfliessen des Wassers in das öffentliche Netz zu verhindern.

Art. 25 (Art. neu)

Frostgefahr Bei anhaltender Kälte sind Leitungen und Apparate, die dem Frost ausgesetzt sind, abzustellen und zu entleeren. Alle Schäden und die Aufwendungen des Werkes gehen zu Lasten des Bezügers.

E. Wasserabgabe

Art. 26 (Art. 2.2)

Umfang und
Garantie der
Wasser-
lieferung

Trinkwasser ist haushälterisch zu verwenden.

Die Wasserversorgung liefert normalerweise ständig und in vollem Umfang. Sie übernimmt indessen hierfür und für die Einhaltung einer bestimmten Zusammensetzung (Härte, Temperatur des Wassers usw.) sowie eines konstanten Druckes keine Gewähr.

Bezüger mit empfindlichen Einrichtungen haben selbst die geeigneten Sicherungen gegen Ausbleiben der Wasserlieferung, mangelnden Druck oder Verunreinigungen, insbesondere nach Leitungsrevisionen, vorzukehren.

Art. 27 (Art. 2.3 / 2.4)

Einschrän-
kung der
Wasser-
abgabe

Die Organe der Wasserversorgung können die Wasserabgabe einschränken oder zeitweise unterbrechen:

- im Falle höherer Gewalt
- bei Betriebsstörungen
- bei Wasserknappheit
- bei Unterhalts- und Reparaturarbeiten oder bei Erweiterungen an den Wasserversorgungsanlagen.

Die Wasserversorgung ist für eine rasche Behebung von Unterbrüchen in der Belieferung besorgt. Sie übernimmt aber keinerlei Haftung für irgendwelche nachteilige Folgen und gewährt deswegen auch keine Ermässigung des Wasserzinses.

Voraussehbare Einschränkungen oder Unterbrüche werden den Wasserbezügern rechtzeitig bekanntgegeben.

Art. 28 (Art. 2.6)

**Anschluss-
gesuch** Für jeden Neuanschluss ist der Wasserversorgung ein Anschlussgesuch einzureichen. Die Anschlussbewilligung erfolgt im Rahmen dieser Verordnung und des zugehörigen Wasser-
tarifes. Die erteilte Bewilligung erlischt nach Ablauf von drei Jahren, wenn inzwischen mit der Ausführung der Anlage nicht begonnen worden ist.

Installationen und Apparate haben den eidgenössischen- und kantonalen Vorschriften sowie den Leitsätzen für die Erstellung von Wasserinstallationen des SVGW zu entsprechen.

Art. 29 (Art. neu)

**Haftung des
Wasser-
bezügers** Der Wasserbezüger haftet gegenüber der Wasserversorgung für alle Schäden, die er ihr durch unsachgemässe Handlungen der Einrichtungen, mangelnde Sorgfalt und Kontrolle sowie ungenügenden Unterhalt zufügt. Er hat auch für Mieter, Pächter und andere Personen einzustehen, die mit seinem Einverständnis solche Anlagen benutzen.

Art. 30 (Art. neu)

Meldepflicht Handänderungen sind der Gemeindeverwaltung frühzeitig und schriftlich anzuzeigen.
Bei Liegenschaften im Miteigentum resp. Stockwerkeigentum ist der gleichen Stelle zudem ein Verantwortlicher für die Pflichten ihr gegenüber mitzuteilen.

Art. 31 (Art. 6.4)

**Wasser-
ableitungs-
verbot** Es ist untersagt, ohne besondere Bewilligung der Wasserversorgung Wasser an Dritte abzugeben oder solches von einem Grundstück auf ein anderes zu leiten. Ebenso ist das Anbringen von Abzweigungen oder Zapfhähnen vor dem Wasserzähler und das Öffnen von plombierten Absperrventilen an Umgehungsleitungen verboten.

Art. 32 (Art. 10.3)

**Unberechtig-
ter Wasser-
bezug** Wer ohne entsprechende Berechtigung Wasser bezieht, wird gegenüber der Wasserversorgung ersatzpflichtig und kann überdies strafrechtlich verfolgt werden.

Art. 33 (Art. neu)

Vorübergehender Wasserbezug, Bauwasser
Der Bezug von Bauwasser oder von Wasser für andere vorübergehende Zwecke bedarf einer Bewilligung durch die Wasserversorgung. Der Bezug ab Hydranten ist nur mit Bewilligung der Wasserversorgung zulässig.

Art. 34 (Art. neu)

Kündigung des Wasserbezuges
Will ein Wasserbezüger vom gesamten Wasserbezug zurücktreten, so hat er dies der Wasserversorgung schriftlich mitzuteilen unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten. Der Hausanschluss ist sodann auf Kosten des Wasserbezügers vom Leitungsnetz der Wasserversorgung abzutrennen.

Art. 35 (neu)

Abnahmepflicht
Die Grundeigentümer sind verpflichtet, das Wasser bei der öffentlichen Wasserversorgung zu beziehen, sofern sie nicht über bestehende Anlagen verfügen, welche einwandfreies Wasser liefern.

Art. 36 (Art. neu)

Wasserabgabe für besondere Zwecke
Jeder Anschluss von Schwimmbassins udgl. an das Leitungsnetz sowie die Wasserabgabe für Kühl-, Klima- und Sprinkleranlagen sowie Feuerlöschposten udgl. bedarf einer besonderen Bewilligung. Die Wasserversorgung ist berechtigt, an diese Wasserabgaben besondere Auflagen (Aufbereitungsanlagen) zu knüpfen.

Art. 37 (2.5)

Abnorme Spitzenbezüge
Die Wasserabgabe an Betriebe mit besonders grossem Wasserverbrauch oder mit hohen Verbrauchsspitzen bedarf einer besonderen Vereinbarung zwischen Wasserversorgung und Bezüger.

F. Wassermessung

Art. 38 (Art. 3.1 / 3.2)

Einbau Die Abgabe und Verrechnung des Wassers erfolgt nach dem Verbrauch, welcher durch einen Wasserzähler festgestellt wird. Der Wasserzähler wird von der Wasserversorgung zur Verfügung gestellt und unterhalten.

Art. 39 (Art. 3.4)

Haftung Der Wasserbezüger haftet für Beschädigungen, welche nicht auf normale Abnutzung zurückzuführen sind. Er darf am Wasserzähler keine Änderungen vornehmen oder vornehmen lassen.

Art. 40 (Art. neu)

Standort Der Standort des Wasserzählers wird von der Wasserversorgung, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Grundeigentümers, bestimmt. Dieser hat den Platz für den Einbau des Wasserzählers unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Der Wasserzähler muss frostsicher, in der Regel ausserhalb des Heizraumes, eingebaut und stets leicht zugänglich sein.

Art. 41 (Art. neu)

Technische Vorschriften Vor und nach dem Wasserzähler sind Absperrvorrichtungen anzuordnen.

Im Weiteren sind die Leitsätze für die Erstellung von Wasserinstallationen des SVGW zu beachten.

Art. 42 (Art. 3.4)

Messung Die Wasserversorgung revidiert die Wasserzähler periodisch auf ihre Kosten. Wird vom Wasserbezüger die Messgenauigkeit angezweifelt, so wird der Wasserzähler durch die Wasserversorgung ausgebaut und einer amtlichen Prüfung unterzogen. Zeigt die Nacheichung, dass die Messgenauigkeit innerhalb der zulässigen Toleranz von $\pm 5\%$ bei 10% Nennbelastung liegt, so trägt der Grundeigentümer die daraus entstandenen Kosten. Im andern Fall übernimmt die Wasserversorgung die Prüf- und allfälligen Reparaturkosten.

Art. 43 (Art. 3.4)

Störungen Bei fehlerhaften Zählerangaben wird für die Festsetzung des Wasserzinses der Normalverbrauch der Vorjahre sinngemäss berücksichtigt. Störungen sind der Wasserversorgung sofort zu melden. Vorbehalten bleibt Art. 127 OR (Verjährung 10 Jahre), bzw. das jeweils gültige öffentliche Recht sowie Art. 24/4 OR.

Art. 44 (neu)

Mehrere Wasserzähler Wünscht ein Wasserbezüger weitere Wasserzähler, so hat er die Kosten für Anschaffung, Einbau und Unterhalt zu tragen. Die technischen Vorschriften sind einzuhalten. Die Wasserversorgung ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, die Ableseung dieser Zähler zu übernehmen.

G. Finanzierung

Art. 45 (Art. 5.1)

Allgemein Die Kosten für Planung, Erstellung, Betrieb, Unterhalt, Sanierung und Erneuerung der Wasserversorgung trägt der jeweilige Eigentümer.

Investitionen, die der Werterhaltung der Anlage dienen, gelten als gebundene Ausgabe.

Art. 46 (Art. 4.2 5.4 – 5.6)

Oeffentliche Anlagen, Gebühren Die Gemeinde erhebt zur Finanzierung der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen, gestützt auf die Gesetzgebung des Kantons, Gebühren und Beiträge.

Die Gemeindeversammlung erlässt für die Wassergebühren eine Gebührenverordnung. Der Gemeinderat setzt die Höhe der Gebühren (Tarif) fest.

Mehrwertsbeiträge Die Gemeinde erhebt **Mehrwertsbeiträge** gemäss § 29 Wasserwirtschaftsgesetz für die erstmalige Erstellung von öffentlichen Hauptleitungen, welche als Groberschliessung anstossenden, privaten Liegenschaften dienen oder für Versorgungsleitungen zu Grundstücken ausserhalb der Bauzonen.

Quartierplanverfahren	Die Erstellung gemeinsamer Anlagen im Quartierplanverfahren gemäss § 166 ff PBG bleibt vorbehalten.
Verwaltungsgebühren	Die Gemeinde erhebt Verwaltungsgebühren für die behördlichen Aufwendungen in Anwendung dieser Verordnung. Art. 47 (Art. 6.2)
Kostentragung Hausanschlussleitung	Die Kosten der Hausanschlussleitung mit Absperrorgan und Anschluss an das Verteilnetz (inkl. T-Stück) sind vom Grundeigentümer zu tragen.

H. Schluss-, Uebergangs- und Strafbestimmungen

Art. 48 (Art. 10.3)

Strafbestimmungen	Übertretungen dieser Verordnung und behördlicher Anordnungen, die sich darauf stützen, werden durch den Gemeinderat im Rahmen seiner Strafkompentenz mit Busse bestraft. Vorbehalten bleibt die Anwendung der kantonalen oder eidgenössischen Strafbestimmungen.
-------------------	--

Art. 49 (Art. 10.4)

- Rekursrecht Beschlüsse oder Verfügungen, welche in Anwendung dieser Verordnung erlassen werden, können innert 30 Tagen, von der Zustellung an gerechnet,
- a) bei der Baurekurskommission I des Kantons Zürich angefochten werden, sofern Anordnungen im koordinierten Verfahren nach der kantonalen Bauverfahrensverordnung (BVV), insbesondere im baurechtlichen Bewilligungsverfahren ergehen,
 - b) beim Bezirksrat Dielsdorf angefochten werden, sofern kein koordiniertes Verfahren gemäss der kantonalen Bauverfahrensverordnung bzw. keine baurechtliche Bewilligung erforderlich ist oder die Anordnungen gänzlich separat erfolgen,
 - c) beim Regierungsrat angefochten werden, sofern Anordnungen über Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen betroffen sind bzw. die baurechtliche Bewilligung in staatlichen Entscheiden eingeschlossen ist.

Art. 50 (Art. 10.5)

- Inkrafttreten Diese Verordnung wurde von der Gemeindeversammlung am 11. Dezember 2002 beschlossen.

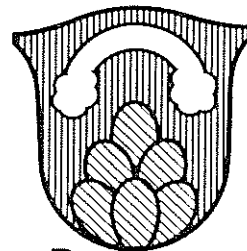
Der Gemeindepräsident: F. Kilchenmann

Der Gemeindeschreiber: E. Jäggi

Die Verordnung tritt auf den 1. Januar 2003 in Kraft.

Auf diesen Zeitpunkt hin werden alle bisherigen, damit in Widerspruch stehenden Vorschriften, insbesondere die bisherige Verordnung über die Wasserversorgung der Gemeinde Regensberg vom 03. Juni 1971, aufgehoben. Gestundete Beiträge, die aufgrund der alten Verordnung erteilt wurden, bleiben bestehen.

**Gebührenverordnung
Wasserversorgungsanlagen**



Gemeinde Regensburg

A. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Grundsatz (neu)

Die Gemeinde Regensberg erhebt gestützt auf § 29, Abs. 2 des Wasserwirtschaftsgesetzes und auf Art. 46 der Verordnung über die Wasserversorgung für die Finanzierung der öffentlichen Anlagen folgende Gebühren:

- Anschlussgebühren
- Benutzungsgebühren

Verwaltungsgebühren werden auf der Grundlage der Verordnung über die Verwaltungsgebühren der Gemeinde Regensberg erhoben.

Art. 2 Umfang der Anlagen (neu)

Die öffentliche Wasserversorgung umfasst die Anlagen gemäss Art. 5 der Verordnung über die Wasserversorgung.

Art. 3 Volle Kostendeckung (Art. 6)

¹⁾ Die Gebühren sind so anzusetzen, dass mit dem gesamten Gebührenertrag sämtliche Kosten, insbesondere für Erstellung, Unterhalt, Erneuerung, Betrieb und Optimierung der Anlagen gemäss Art. 2 (inkl. Abschreibung und Verzinsung und Zahlungen an Dritte) von den Gebührenpflichtigen gedeckt werden.

²⁾ Zur Sicherstellung der Kostendeckung und zur Gewährleistung der Transparenz wird eine integrierte Betriebskostenrechnung (§ 125 Gemeindegesetz) mit Spezialfinanzierung (§ 126, Abs. 2 Gemeindegesetz) geführt.

³⁾ Die Kosten werden durch die Erhebung von zwei Gebührenarten gedeckt:

- die Anschlussgebühren
- die Benutzungsgebühren

Die Anschlussgebühren dienen zur Mitfinanzierung der Erstellungskosten von Wasserversorgungsanlagen, die Benutzungsgebühr hat unter Berücksichtigung der Anschlussgebühren und allenfalls eingehender Beiträge Dritter, wie Mehrwerts- oder Erschliessungsbeiträge, sämtliche übrigen Aufwendungen zu decken.

B. Anschlussgebühren (Art. 40)

Art. 4 Gebührenpflicht, Gebührenbefreiung

1) Für den Anschluss von Liegenschaften an die öffentliche Wasserversorgung haben die Grundeigentümer eine einmalige Anschlussgebühr zu entrichten, auch wenn der Anschluss unter Mitbenützung privater Leitungen erfolgt.

2) Für Anschlüsse von Anlagen ohne Versicherungswert werden keine Anschlussgebühren erhoben.

Art. 5 Bemessung (Art. 41-44 und 48)

1) Die Anschlussgebühr wird nach dem Zeitwert der angeschlossenen Bauten (Gebäudeversicherungswert) bemessen. Sie beträgt 2% des Zeitwertes sämtlicher Haupt- und Nebenbauten. Das Bauwasser ist in der Anschlussgebühr inbegriffen.

2) Eine Gebühreinnachzahlung zu dem Ansatz gemäss Absatz 1 hat bei baulichen Änderungen zu erfolgen, die eine Steigerung des Basiswertes der Gebäudeversicherungssumme um mehr als Fr. 6'000.-- gegenüber der letzten Schätzung zur Folge haben. Als Basis des nachzuzahlenden Betrages gilt der in der Gebäudeversicherung ausgewiesene Anteil der baulichen Wertvermehrung.

3) Wird ein Gebäude, für das bereits die einmalige Anschlussgebühr erhoben wurde, abgebrochen, durch Brand oder ähnliche Ereignisse zerstört, und wird an dessen Stelle innert 10 Jahren ein Neubau errichtet, so wird die ursprünglich geleistete Zahlung bei der Festsetzung der neuen Anschlussgebühr angerechnet.

C. **Benutzungsgebühren**

Art. 6 **Gebührenpflicht, Gebührenbefreiung** (*neu*)

¹⁾ Von den Eigentümern, deren Grundstück, Liegenschaft und Anlagen mit technischen Vorkehrungen dauernd oder zeitweise an die Anlage der Wasserversorgung angeschlossen sind, wird eine Benutzungsgebühr erhoben.

²⁾ Die Anlagen der Notwasserversorgung und die Bezüge für Unterhaltsarbeiten an den Gemeindewerken sind von den Gebühren befreit.

Art. 7 **Bemessung** (*neu*)

¹⁾ Die Benutzungsgebühr wird als Summe zweier Komponenten erhoben, nämlich:

- als **Grundgebühr** anhand des Zeitwertes der angeschlossenen Haupt- und Nebenbauten (Gebäudeversicherungswert)
- als **Mengenpreis** anhand der bezogenen Frischwassermenge gemäss Wasserzähler.

²⁾ Aufteilung auf die Gebührenkomponenten
Die Grundgebühr soll 30 – 50 % der Benutzungsgebühren ausmachen, der Rest 50 – 70 % entfällt auf den Mengenpreis.

Art. 8 **Kompetenz zur Festsetzung** (*neu*)

Der Gemeinderat setzt die Benutzungsgebühren aufgrund Art. 3 in einem Beschluss fest, der öffentlich im Publikationsorgan der Gemeinde bekannt gemacht wird.

D. **Gemeinsame Bestimmungen**

Art. 9 **Spezielle Verhältnisse** (*Art. 47/neu*)

¹⁾ Der Gemeinderat kann beim Vorliegen spezieller Verhältnisse und gemäss Art. 37 der Verordnung über die Wasserversorgung die Gebühren erhöhen oder herabsetzen.

²⁾ Für Anschlüsse ohne Wasserzähler wird vom Gemeinderat eine Pauschalmenge festgesetzt, die sich am Verbrauch in analogen Verhältnissen abstützt.

Art. 10 Gebührenpflicht (Art. 45)

Die Gebührenpflicht beginnt mit dem Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlagen gemäss Art. 2.

Art. 11 Mehrwertsteuer (neu)

Die Mehrwertsteuer ist in den Tarifen nicht enthalten.

Art. 12 Schuldner (neu)

¹⁾ Die Anschlussgebühren schuldet, wer im Zeitpunkt der Fälligkeit Eigentümer bzw. Baurechtsberechtigter der angeschlossenen Liegenschaft war. Bei einer Handänderung haftet der Rechtsnachfolger für noch ausstehende Beträge.

²⁾ Die Benutzungsgebühren schulden die jeweiligen Eigentümer bzw. Baurechtsberechtigten der Liegenschaft. Bei Stockwerkeigentum ist der Verwaltung gesamthaft Rechnung zu stellen. Die Miteigentümer haften solidarisch für den Gesamtbetrag.

Art. 13 Fälligkeiten (Art. 45, 46)

¹⁾ Für die mutmasslichen Kosten der Anschlussgebühr ist vor Baubeginn ein unverzinsliches Bardepositum bei der Gemeindekasse zu leisten.

²⁾ Die wiederkehrenden Benutzungsgebühren werden in der Regel jährlich durch die Gemeinde bezogen. Der Gemeinderat entscheidet über die Einführung von à conto Zahlungen.

³⁾ Alle Gebühren sind innert 30 Tagen ab Rechnungstellung zu bezahlen. Für verspätete Zahlungen wird ein Verzugszins von 5% erhoben.

Art. 14 Rekursrecht (Art. 52)

Beschlüsse oder Verfügungen des Gemeinderates, welche in Anwendung dieser Verordnung erlassen werden, können innert 30 Tagen, von der Zustellung an gerechnet, beim Bezirksrat angefochten werden.

Art. 15 Inkrafttreten (Art. 53)

Diese Verordnung wurde von der Gemeindeversammlung am 11. Dezember 2002 beschlossen.

Der Gemeindepräsident: F. Kilchenmann

Der Gemeindeschreiber: E. Jäggi

Die Verordnung tritt auf den 1. Januar 2003 in Kraft.

Auf diesen Zeitpunkt hin werden alle bisherigen, damit in Widerspruch stehenden Vorschriften, insbesondere die bisherige Verordnung über die Wasserversorgung der Gemeinde Regensberg vom 1. Juli 1972, aufgehoben. Gestundete Beiträge, die aufgrund der alten Verordnung erteilt wurden, bleiben bestehen.